

„Eine Strafabgabe auf russisches Gas“

Der Spieltheoretiker Axel Ockenfels erklärt, wie Russlands Gasgewinne abgeschöpft werden können und wie mit Putin verhandelt werden sollte.



Eine Frage der Taktik: Axel Ockenfels ist Spieltheoretiker, Energiefachmann und Berater der Regierung – er hat wertvolle Tipps, wie man mit Putin am besten verhandeln sollte. Edgar Schoepal

BEITRAG TEILEN

Professor Ockenfels, die Spieltheorie wurde während des Kalten Krieges von den Amerikanern vorangetrieben, um die Auseinandersetzung mit Russland zu gewinnen. Hätten Sie gedacht, als Spieltheoretiker jemals mit einem heißen russischen Krieg konfrontiert zu sein?

Ein Konflikt zwischen Atommächten ist vielen von uns nicht fremd. In den Achtzigern habe ich gegen den Krieg demonstriert, in der Schule die Logik vom Gleichgewicht des Schreckens gelernt und in meiner Wehrdienstzeit den Fall der

Mauer erlebt. Ich habe aber geglaubt, dass wir so etwas in Europa hinter uns gelassen haben.

Sie sind nicht nur Spieltheoretiker, sondern auch Energiefachmann und Berater der Regierung. Gemeinsam mit der EU verfolgt Deutschland nun das Ziel, die Gasimporte aus Russland bis Jahresende um zwei Drittel zu reduzieren. Kann Putin so der Geldhahn abgedreht werden?

Angesichts unserer gegenwärtigen Abhängigkeit vom russischen Gas ist das unwahrscheinlich. Wenn wir Putin nur noch ein Drittel der Menge abnehmen, was hindert ihn dann daran, den dreifachen Preis pro Einheit zu verlangen – oder sogar weiter an der Preisschraube zu drehen?

Einige Länder und auch Politiker und Forscher in Deutschland fordern stattdessen ein Embargo für sämtliche Energielieferungen aus Russland. Ist das nicht die sicherste Variante, um Putins finanzielle Mittel zu limitieren und ihn zum Einlenken zu zwingen?

Die schreckliche Gewalt gegen die Ukraine ist Grund genug, alle solche Maßnahmen zu prüfen. Eine Frage dabei ist, ob die Folgen eines Embargos für den Westen akzeptabel und beherrschbar sind. Einige Experten würden das so sehen. Andererseits weist die Regierung darauf hin, dass die mit einem Embargo verbundenen Verwerfungen im Westen so groß sein könnten, dass ein Embargo Putin sogar in die Hände spielen könnte. Ein Beispiel, wie sich eine Unterbrechung der Gasversorgung auswirken kann, konnte man im Februar 2021 in Texas erleben. Dort kollabierte aufgrund einer Extremwetterlage die Gasversorgung. Die Stromerzeugung war tagelang lahmgelegt, mit schlimmen Folgen für die Menschen und die Wirtschaft. Niemand weiß so genau, welche Schockwellen bei einem Gasstopp in Europa entstehen würden.

Gefühlt gibt es dennoch täglich neue Berechnungen dazu, was ein solches Embargo für die Versorgungssicherheit bei uns bedeutet und wie viel es uns kosten würde. Es kursieren auf die Nachkommastelle genaue Szenarien, was halten Sie davon?

Die Studien vermitteln Einsichten in Wirkungszusammenhänge und über mögliche Effektgrößen. Ohne sie geht es nicht. Wichtig ist aber auch, die Grenzen der zugrunde liegenden Modelle zu kennen.

Was meinen Sie damit?

Alle Modelle müssen von der Realität abstrahieren. Zum Beispiel kann ein Modell nur eine Auswahl von Einflussfaktoren und Wechselwirkungen abbilden. Dazu kommt, dass der Einfachheit halber zuweilen unterstellt wird, dass sich die Akteure rational verhalten und die Wirtschaft an neue Gegebenheiten schnell anpasst. Modelle ermöglichen so eine Reduktion der Komplexität und eine

sachliche Debatte von Teilaspekten. Eine politische Gesamtbeurteilung erfordert aber mehr, nämlich die Einbeziehung von Perspektiven und Risiken, die außerhalb des Modellrahmens liegen – und eine gewisse Vorsicht.

Ein Beispiel?

Um Stromausfälle zu vermeiden, schauten die Regulierer in Texas regelmäßig auf Analysen, die sich auf historische Wetterdaten stützten. Auf dieser Basis hätte Texas vor einem Jahr eigentlich gut durch den Winter kommen müssen. Doch dann hat eine beispiellose Extremwetterlage das Land ins Chaos gestürzt. Bei unserer Embargo-Frage ist eine der unzureichend beachteten Einflussfaktoren, wie Putin und sein Umfeld auf die Sanktionen reagieren werden.

Sind wir bei der Gasfrage Putin ausgeliefert?

Nun, die EU kann jedenfalls nicht einfach über die russischen Gasimporte und -preise entscheiden, sondern muss sich mit Russland abstimmen. Auch die von der EU geplante Zwei-Drittel-Reduktion der Gasimporte kann nicht ohne Russland durchgesetzt werden. Das bedeutet aber nicht, dass die EU Putin ausgeliefert ist. Es muss verhandelt werden, und das Ergebnis der Verhandlung ist offen. Beide Seiten können dabei mit dem Abbruch der Gasimporte drohen. Die Verhandlungsmacht der Parteien hängt davon ab, wie glaubwürdig diese Drohung ist: Wie sehen die Alternativen aus, die die EU zum russischen Gas besitzt, und wie sehr benötigt Russland die Gaseinnahmen aus der EU? Die Parteien könnten auch versucht sein, die Drohkulisse auf andere Felder zu erweitern.

Wie sollte die EU verhandeln?

Drei Dinge sind meines Erachtens wichtig: Erstens sollte die EU ein Nachfragekartell bilden. Solange Putin nicht auf die Gaseinnahmen aus der EU verzichten möchte, stärkt die Bündelung der Nachfrage die europäische Verhandlungsmacht. Die Vorbereitungen dafür laufen ja bereits. Zweitens sollte die EU nicht versäumen, neben Zielen für die Gasmenge auch den Gaspreis als strategische Variable in den Blick zu nehmen. Wenn wir nur zur Veranschaulichung einmal annehmen, dass die EU genügend Verhandlungsmacht besäße, dann könnte sie nämlich prinzipiell den Geldhahn schon dadurch abdrehen, dass sie bei gleicher Gasmenge den Gaspreis drückt und so Russlands Gewinne dezimiert. Alternativ könnte die EU eine Strafabgabe auf den Kauf von russischem Gas einführen. So eine Strafabgabe klingt zunächst kontraproduktiv, weil sie einerseits das Gas für die Nachfrager verteuert. Andererseits würde sie aber den Spielraum für höhere russische Preisforderungen im EU-Markt eindämmen. Im Ergebnis könnte die EU Russlands Gewinne aus dem Gasverkauf abschöpfen und so Putin schwächen. Mit den eingenommenen Abgaben könnten wir der Ukraine helfen und die europäischen Gasverbraucher entlasten. Eine Strafabgabe ist auch auf russisches Öl denkbar, jedenfalls soweit sich die Ölnachfrager international in einem Nachfragekartell organisieren können.

Und drittens?

Die entscheidende Voraussetzung für alle solche politischen Handlungsoptionen ist eine ausreichende Verhandlungsmacht der EU gegenüber Russland. Die wichtigste Empfehlung lautet deswegen, sich mit aller Kraft auf einen möglichen Importstopp vorzubereiten und Alternativen für die Energieversorgung aufzubauen. Dies gilt selbst dann, wenn die EU die Verhandlungen mit dem Ziel führt, weiterhin russisches Gas zu importieren, denn in diesem Fall ist der Importstopp der relevante Drohpunkt. Die Vorbereitung auf ein Embargo lohnt also in jedem Fall – und sie unterstützt weitere Ziele wie die Klimapolitik und die Eindämmung der Finanzierung von Putins Kriegsmaschinerie. Deshalb laufen hierzu auch schon etliche Aktivitäten, etwa bei der Beschaffung von Flüssiggas auf dem Weltmarkt, beim Ausbau der LNG-Kapazitäten und bei der Reaktivierung der Kohleverstromung. Die Leopoldina hat weitere Vorschläge gemacht. Doch wir müssen das auch durchhalten. Was ist zum Beispiel, wenn Gazprom die EU mit großen Mengen an billigem Gas wieder in Versuchung führt? Die EU benötigt ergänzend eine strategische Gaspreispolitik, um den Umbau des Energiesystems entschieden und glaubwürdig umzusetzen. Eine Strafabgabe könnte dazu beitragen.

Man hat den Eindruck, dass Russland in der Auseinandersetzung am längeren Hebel sitzt, weil Putin mit dem möglichen Einsatz von Atomwaffen eine Drohung ausspricht, die den Westen letztlich in Schach hält. Was ist Ihre strategische Überlegung dazu?

Die Bedrohung ist ernst. Der Krieg ist angesichts der überraschend effektiven ökonomischen Sanktionen und des überraschend ineffektiven russischen Militärs zunehmend zu einer existenziellen Bedrohung und Demütigung für Putin geworden. In gleichem Maße könnte er risikofreudiger und gefährlicher werden, denn was Russland nicht durch Gewalt erreichen kann, kann es auch nicht ohne Weiteres durch Verhandlungen erreichen. Ein Atomschlag würde Russland weltweit noch stärker isolieren und den Krieg nicht gewinnbarer machen. Eines ist aber sicher: Putin wird sich früher oder später über mögliche „Endgame“-Szenarien Gedanken machen. Der Westen ist daher gut beraten, wenn er berechenbar bleibt und einen klaren Pfad für eine Deeskalation beschreibt.

Wir sind es gewohnt, mit ökonomischen Argumenten zu hantieren, und wir sind überzeugt, dass ein wirtschaftlicher Schaden Politiker früher oder später zum Umdenken bewegen muss. Müssen wir uns eingestehen, dass wir uns im Fall Putin da mächtig verspekuliert haben?

Es hat in diesem Krieg viele Irrtümer und Fehlkalkulationen gegeben. Alle Seiten haben durch den Angriffskrieg Russlands verloren. Ist man erst einmal an diesem Punkt angelangt, kann die Spieltheorie für die Zukunft leider keine Entwarnung geben: Auch rationale Parteien können das weitere Drehen der Eskalationsspirale nicht immer verhindern, denn wer mit dem Feuer spielt, kann glaubwürdig Druck auf seine Gegner ausüben. Ein bisschen Unberechenbarkeit, ob vorgetäuscht oder tatsächlich, schadet Putin nicht, erhöht aber weiter das Eskalationsrisiko. Der Beschuss von Atomanlagen in der Ukraine ist ein erschreckendes Beispiel dafür.

Sie beschäftigen sich in Friedenszeiten mit Vorschlägen, wie sich die Staatengemeinschaft auf gemeinsame Lösungen für effektiven Klimaschutz einigen kann. Müssen wir diese Hoffnung durch den Krieg und die drohende Lagerbildung auf absehbare Zeit aufgeben?

Das hängt von der politischen Landschaft nach dem Krieg und besonders Chinas Positionierung ab. Und davon, wie wir in Reaktion auf den Krieg unsere ökonomische Verwundbarkeit eindämmen. Wenn wir einfach nur die internationale Kooperation und die wirtschaftlichen Beziehungen kappen, wird die Welt nicht sicherer werden. Wenn wir aber die Versorgung international diversifizieren, können wir sogar gestärkt aus dem Konflikt herausgehen. Entscheidend für unsere Verwundbarkeit ist nämlich nicht, wie eng wir mit einem anderen Land verflochten sind, sondern ob wir Zugriff auf alternative Bezugsmöglichkeiten aus anderen Teilen der Welt und durch andere Technologien haben. Dann ist Sicherheit, Zusammenarbeit und Klimaschutz möglich.

Die Fragen stellte Johannes Pennekamp.